

ihm auch in Deinen Nebenmenschen aufprägen und damit Dir und Anderen Gutes stiften.

Die Grundbedingung, die ich vom Geschäftsgeist verlange ist: Rechnen. Von allem Thun und Treiben, von allem Vorhaben mußt Du Dir durch Zahlen klar sein und durch Zahlen Dir Rechenschaft geben können. Ohne richtiges Rechnen ist kein Geschäftsgeist denkbar. Hängt doch jeder Erfolg, Alle Zukunft, Alles und Jederding vom Rechnen, von Zahlen ab, — wie ich zur rechten Zeit und so bald als möglich richtig rechne und vorauskalkulire. Wehe Dir und Deinen Angehörigen, wenn Du in dieser Sache auf Abwege geräthst oder aus Eigenliebe, Dünkel u. s. w. falsch mit Deinen Zahlen arbeitest. Naekte Wahrheit, kalte Berechnung, sind die einzigen Hilfsmittel gegen Verfall und Geschäftskrankheit. Alles wirtschaftliche Wohlergehen hängt vom richtigen Rechnen ab. — Man soll außer zu tüchtigen Fachkenntnissen auch zur allgemeinen Bildung alles Mögliche anwenden; denn nur derjenige, welcher gebildet ist und sich selbst immer weiterbildet, hat Wissen, und Wissen ist die erste Macht. Aber auch alles Wissen ist nutzlos, wenn nicht die erwähnten Eigenschaften im Geschäftscharakter enthalten sind. Laßt die Jugend Volkswirtschaft studiren und die Gesetze der Arbeit und Gegenleistung kennen lernen; es wäre viel werthvoller, die Volkswirtschaft als Lehrgegenstand in Volks- und Gewerbeschulen einführen, als noch so und so oft 5 Milliarden von Frankreich. Möchten sich unsere Volksvertreter dafür interessieren und mit aller Kraft recht bald dafür eintreten und durchführen.

Geistige Unerblichkeit ist eine Hauptbedingung eines Geschäftscharakters. Jeder Mann soll sein eigen sein, nicht der Schatten oder das Echo eines zweiten; wer keine eigene Meinung zu haben wagt, ist ein Schwächling, wer es nicht will, ein Müßiggänger, wer es nicht kann, ein Narr. Der Mann muß seine eigenen Gedanken denken, seine eigenen Kräfte bethätigen, seine eigenen Gefühle aussprechen. Werdet fest, was nützt das uns Deutschen übliche bemänteln, beschönigen und so langsame Angreifen einer Sache, fest und mit eisernen Handhaben zulangend und ändern, wo wir bessern können. Im Kampf für die Wahrheit, das Recht und der realen Verbesserung unseres Lebenslooses müssen wir unerblich sein. Burton sagt: „Je länger ich lebe, um so mehr überzeuge ich mich, daß der große Unterschied zwischen den Menschen, zwischen den Schwachen und Mächtigen, den Großen und Unbedeutenden auf der Thatkraft, der unbezwinglichen Entschlossenheit beruht.“ Einmal einen Entschluß fassen und dann Tod oder Sieg; diese Eigenschaft leiste Alles in der Welt Mögliche. Unsern guten Gedanken müssen zur That werden. Der ernste Entschluß hat oft etwas der Allmacht Ähnliches, wer nichts durchführt, der kann nur halb wollen, der feste Wille leistet Alles. Die Worte: „Ich kann nicht“, „unmöglich“ u. s. w. soll Jeder, der auf die Bezeichnung „Mann“ Anspruch macht, nicht in Anwendung bringen, „Feste Entschlossenheit ist die größte Weisheit“, sagte Napoleon. Immer richtig am Werk, nur Arbeit und Kampf bringt Segen und Glück, fest und unerschütterlich wirksam, sonst ist keine sorgenlose Zukunft möglich. Alles kommt von dem eigenen Ich, was ich mir nicht selber leiste, mir erobere und erwerbe, giebt mir sonst Niemand, wer sich auch im Geringsten auf fremde Kräfte verläßt, der ist sicherlich verlassen. Nur nicht warten und stillstehen, immer vorwärts! Denker fast aller gebildeten Völker haben in verschiedenen Sprachen das Axiom wiederholt, daß, wie in der Natur, so im Leben und Geschäft, der Fluch auf den Stillstand, das Glück auf Kampf und Arbeit gelegt sei.

Tagesgeschichte.

— Zur Orientkrise. Die Rede, welche Lord Salisbury dieser Tage bei dem Jahresbanket zum Besten des Hilfsfonds der Presse gehalten hat, entspricht nicht völlig den friedlichen Nachrichten, welche während der letzten Tage von Petersburg aus verbreitet wurden. Ist es überhaupt ein ernstes Symptom, wenn es ein Minister für notwendig erachtet, mit Pathos die Ehre der Nation zu engagiren, so ist die Bemerkung, daß „diese große Krise“ fast den höchsten Grad erreicht habe, im Munde des englischen Ministers des Auswärtigen um so bedeutungsvoller, als Lord Salisbury, wie es scheint, mit keiner Silbe der von den russischen Regierungsblättern mit so großer Ostentation betonten Persönlichkeit des Petersburger Kabinetes gedachte. Das was der Minister nicht sprach, scheint fast bedenklicher, als was er sagte. Nach einem Petersburger Telegramm des „Daily Telegraph“ entspräche auch die Stimmung des Czaren keineswegs den optimistischen Auslassungen der russischen Offiziere. „Graf Schuwaloff“, heißt es in dieser Depesche, „ist zweimal vom Czar empfangen worden, aber seine Mittheilungen scheinen nicht die erwartete Wirkung hervorgebracht zu haben. Der Czar war überrascht von den geringen Konzessionen Englands. Er soll sogar traurig gesagt haben: „Wir sind soweit auseinander, daß es schwer ist, zusammenzukommen.“ Der Einfluß General Ignatieff's ist noch immer sehr groß und derselbe hat noch nicht darauf verzichtet, es auf den Krieg ankommen zu lassen. Vielleicht sind die russischen Truppenbewegungen bei Konstantinopel denn doch nicht bloß durch sanitäre Gründe zu erklären.

— Graf Schuwaloff ist am 20. Mai früh in Gesellschaft des Generals Trepoff in Berlin eingetroffen und hat sich am selben Tage Nachmittag zum Fürsten Bismarck nach Friedrichsruhe begeben. Der russische Staatsmann ist, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ hervorhebt, bezüglich des Ergebnisses seiner Reise unbetheiligten Personen gegenüber begünstigter Weise außerordentlich zurückhaltend, da die Natur der Schweden-

den Verhandlungen eine voreilige öffentliche Erörterung wenig wünschenswerth erscheinen lassen kann. Diese natürliche und naturgemäße Reserve könne aber gewiß nicht sofort als schlimmes Symptom gedeutet werden, wie überhaupt nicht außer Acht gelassen werden dürfe, daß es sich ja in erster Linie nicht um die Erzielung eines Separatabkommens zwischen Rußland und England oder Rußland und Oesterreich, sondern um die Verständigung über die Vorbedingungen eines Kongresses handelt, der von allen Mächten als erstrebenswerth erachtet wird.

— Berlin. Sämmtliche von den hiesigen Sozialdemokraten auf vergangenen Sonnabend Abend einberufenen Versammlungen wurden von der Polizei aufgelöst. Eine auf Sonntag Vormittag anberaumte Volksversammlung, in welcher die Wahl der Berliner Delegirten zum Gothaer Sozialdemokraten-Kongress stattfinden sollte, wurde noch vor der Eröffnung von der Polizei verboten. Dieses Verbot wurde dem Reichstagsabgeordneten Frißche, der die Versammlung angemeldet hatte, durch folgende Verfügung mitgetheilt: „Auf die Anzeige vom 18. d. M. wird Ew. Wohlgeboren hierdurch eröffnet, daß die Ertheilung der Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung der „Volksversammlung“ am 19. d. M., in welcher nach den Beschlüssen der von Ihnen ebenfalls einberufenen Volksversammlung am 12. d. M. und nach einer von Ihnen unterzeichneten Annonce in der „Berliner Freien Presse“ die Wahl von Vertretern zu dem Sozialistenkongress in Gotha stattfinden soll, versagt werden muß, weil das Polizeipräsidium im Einverständnisse mit der königlichen Staatsanwaltschaft am Stadtgericht hier für erwiesen annimmt, daß diese Versammlung lediglich eine Fortsetzung der Thätigkeit der für Preußen geschlossenen „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ bezweckt. Königliches Polizei-Präsidium. J. B.: v. Herberg.“ — Wie übrigens schon bekannt, wird aus dem Kongress in Gotha ohnehin nichts werden, weil ihn einmal die dortige Stadtbehörde nicht duldet, und ferner, weil kein Wirth sein Lokal zur Verfügung stellen will. Von Berlin aus ist das Gothaer Ministerium ersucht worden, den Kongress nicht zu gestatten.

— Der Bundesrath trat am Sonntag Mittag zu der Berathung über den von Preußen vorgelegten Entwurf eines Gesetzes gegen Ausschreitungen sozialdemokratischer Bestrebungen zusammen. Es kam in dieser Sitzung noch zu keiner definitiven Beschlussfassung. Montag Mittags 1 Uhr trat der Bundesrath abermals zusammen, und heißt es, daß die Mehrzahl der Stimmen gegen den Antrag abgegeben sein soll. Ob dies für die gedeihliche Entwicklung unseres Staatslebens von Vortheil sein wird, ist wohl sehr zu bezweifeln, denn es drängt sich jedem Unparteiischen täglich mehr die Ueberzeugung auf, daß es die höchste Zeit ist, dem verwerflichen Treiben der Socialdemokratie endlich ein Ende zu machen. Aus den Motiven des Gesetzesentwurfs geben wir in Folgendem die allgemeinen Erörterungen wieder. Es heißt daselbst: „Die Ausbreitung der Socialdemokratie hat in Deutschland im Laufe der letzten Jahre immer größere Dimensionen angenommen. Die sozialdemokratischen Lehren und Tendenzen sind in Kreise gedungen, welche denselben früher unzugänglich waren. Die sozialdemokratische Agitation, planmäßig und durch geschulte Agitatoren betrieben, übt mehr und mehr ihren verderblichen, die Gemüther verwirrenden Einfluß auf die Massen der Bevölkerung aus. Um den Umsturz der bestehenden Verhältnisse und die Bildung des sozialistischen Staates herbeizuführen, ist die Socialdemokratie unablässig bemüht, Unzufriedenheit in den besitzlosen Klassen zu verbreiten, dieselben gegen die besitzenden Klassen aufzureizen, die überlieferten sittlichen und religiösen Anschauungen, die Vaterlandsliebe, die Pietät und die Achtung vor dem Gesetze, überhaupt alle diejenigen Grundlagen zu untergraben, auf welchen der Staat und die Sicherheit der Gesellschaft beruhen. Die Socialdemokratie droht das Gemeinwohl auf das empfindlichste zu schädigen, indem die durch ihre Agitationen hervorgerufene Beunruhigung und Störung des öffentlichen Friedens nicht ohne Rückwirkung auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse bleiben können. Wiederholt sind die verbündeten Regierungen an den Reichstag mit Vorschlägen herangetreten, um den Gefahren der Socialdemokratie durch schärfere Strafbestimmungen entgegen zu wirken. Es geschah dies bei Gelegenheit der Vorlage des Gesetzes über die Presse und in der Session 1875—76 durch die Abänderungsvorschläge zum Strafgesetzbuche. Diese Vorschläge haben die Zustimmung des Reichstages nicht gefunden; die Frage aber, ob es nicht besonderer Maßnahmen bedürfe, um den Ausschreitungen und der weiteren Verbreitung der Socialdemokratie entgegenzutreten, ist damit nicht erledigt worden; dieselbe ist vielmehr fortdauernd eingehend erwogen und nunmehr aus Anlaß des vor Kurzem gegen das Leben Seiner Majestät des Kaisers verübten Attentates wiederum in den Vordergrund getreten. Die verbündeten Regierungen glauben diese Frage bejahen zu müssen. Die in Deutschland geltenden gesetzlichen Vorschriften auf den Gebieten der Presse und des Vereinswesens, auf welchen sich die sozialdemokratischen Agitationen vorzugsweise bewegen, reichen, wie die Erfahrung gezeigt hat, nicht aus, um diesen Agitationen mit Erfolg zu begegnen. Es bedarf kräftiger und schneller eingreifender Mittel, um den Gefahren vorzubeugen, welche aus der Verbreitung der sozialdemokratischen Lehren dem Gemeinwesen drohen. So fern die Absicht liegt, das Vereins- und Versammlungsrecht, sowie das Recht der freien Meinungsäußerung allgemein und dauernden Beschränkungen zu unterwerfen, so erscheint es doch im öffentlichen Interesse geboten, dem Mißbrauche, welchen die Anhänger der Socialdemokratie mit diesen Freiheiten fortgesetzt treiben, Schranken zu setzen und auf diese Weise den Bestrebungen Raum zu gewähren, welche darauf gerichtet sind, durch Aufklärung und Belehrung,